Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1899

100 (28.4.1899) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigengebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 28. April 1899.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 26. April.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Ein Kommissar.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Antrages Dr. Lieber (Ctr.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen, thunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf zum Zweck der Errichtung von Arbeitskammern vorzulegen.

Verbunden damit wird die Berathung des Zusatz-Antrages Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nl.) u. Gen.

Dieser Antrag bezweckt in Nr. 1 die Errichtung von Arbeitervertretungen, die im Namen der Arbeiter an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden sollen. In Nr. 2 will der Antrag für die Fabrikbetriebe besondere als Einigungsämter wirkende Abtheilungen der Gewerbegerichte, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, gebildet wissen, die thunlichst Unterstützungskassen für arbeitslose Arbeiter einrichten, Gutachten zur Förderung der gewerblichen Interessen an die Behörden abgeben und Jahresberichte erstatten, Wünsche und Anträge bezüglich der sanitären und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter berathen und den Behörden vorlegen sollen. In Nr. 3 will der Antrag die Funktionen dieser Gewerbegerichtsabtheilungen als Einigungsamt im Fall von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dahin erweitern, daß ein gesetzlich gesicherter Verhandlungszwang eingeführt wird.

Ferner verbunden mit der Berathung obiger Anträge wird die Berathung des Ersatz-Antrags Roesicke (d. k. F.), der den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen (Berufsvereinen) Rechtsfähigkeit verleihen und den Arbeiter- und Berufsvereinen gestatten will, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten und mit einander in Verbindung zu treten.

Vor der Berathung des Antrags Dr. Lieber nebst den zwei Zusatzanträgen wird endlich noch verbunden die Berathung des sozialdemokratischen Antrags Dr. Pachnicke (fr. Vg.), den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß ein Reichsarbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeitsverhältnisse im deutschen Reiche unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber obliegt.

Abg. Dr. **Hitze** (Centr.): Der kaiserliche Februarerlaß nahm Verhandlungen in Aussicht, um den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen und zu sichern. Dies sind beherzigenswerthe Gedanken, die wohl der Ausführung werth sind, aber bis jetzt noch nicht verwirklicht wurden. Dieses Ziel kann nun auf verschiedene Wege erreicht werden, unser Antrag giebt einen Weg dazu. Wir behaupten allerdings nicht, daß dies der einzige ist, den man gehen kann. Wir wollen uns auch nicht auf diesen Weg festlegen, wir maßen es uns durchaus nicht an, die Wege zu bezeichnen, in denen die Februarerlasse zur Ausführung zu gelangen haben. Unser Weg ist die Errichtung von Arbeitskammern. Wir haben kürzlich die Handwerkerkammern mit den Gesellenausschüssen geschaffen und meinen, daß das, was den Gesellen recht, den Arbeitern billig ist. Wir bitten die geforderte Institution nicht zu verwechseln mit Arbeiterkammern, die die Sozialdemokraten fordern, wir wollen Arbeitskammern schaffen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinschaftlich sitzen sollen. Meinetwegen mag man diese Kammern auch nach dem Vorschlage der „Kreuzztg." Industriekammern nennen. Wir meinen, daß eine gesunde, selbstbewußte Arbeiterschaft zum Blühen der Industrie nöthig ist. Wir wollen mit den Arbeitskammern keineswegs die Berufsvereine bei Seite schaffen. Wir wollen mit dieser Einrichtung die Brücke zum Frieden schlagen und zum Austrag der Gegensätze beitragen. Wir wollen helfen, den verderblichen von der Sozialdemokratie erfundenen Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus der Welt zu schaffen. Wir müssen heute mit der Thatsache rechnen, daß die Sozialdemokraten sich der Arbeiterschaft bemächtigt haben, und daß die Arbeiter meinen, daß nur die Sozialdemokraten ihre Interessen vertreten. Dies aber ist ein Aberglaube, ein Irrthum, ein Wahn. (Lachen bei den Soz.) Wenn die Arbeitgeber sich nicht der Arbeiter annehmen, dürfen sie sich freilich nicht wundern, wenn die Arbeiter anderen ihr Vertrauen schenken. Die Arbeitgeber müssen lernen, gemeinsam mit den Arbeitern zu verhandeln und dabei die Wünsche der Arbeiter zu erörtern. Die Arbeiter aber müssen lernen, daß die Arbeitgeber nicht ihre geborenen Feinde sind, sondern ihre berechtigten Forderungen gerne erfüllen. Wenn den Arbeitern es klar gemacht wird, wo ihre wahren Interessen liegen, wenn man ihnen nachweist, daß eine Interessensolidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht und daß auch sie an dem Blühen der Industrie ein Interesse haben. Wenn man ihnen zeigt, daß der Schutzzoll für die Eisenindustrie nothwendig ist, dann wird man sie auch von der Nothwendigkeit der landwirthschaftlichen Schutzzölle überzeugen können, dann wird es auch nicht schwer fallen, die Arbeiter selbst für eine Marinevorlage zu gewinnen. Die Politik der Partei muß eben durchbrochen werden durch die Politik der Interessen. Auf diese Weise können wir konkrete Arbeiterpolitik treiben, auf diese Weise werden wir aus den sozialdemokratischen Phrasen den berechtigten Kern herausschälen können. Die Verelendtheorie ist von den Sozialdemokraten selbst aufgegeben worden. Wir müssen den Arbeitern Gelegenheit geben, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, wir müssen ihnen die Freude am kleinen Fortschritt geben. Von vielen Sozialdemokraten ist auch der Gedanke an den Zukunftsstaat, die Expropriation der Expropriatäre, längst aufgegeben. An Stelle der Solidarität der einzelnen Klassen muß die Solidarität der gesunden, soliden Elemente aus beiden Kreisen treten. Wenn die Arbeitgeber den Arbeitern nur vertrauensvoll entgegenkommen, werden sie auch Vertrauen finden. Dort werden wir den archimedischen Punkt finden, um die Sozialdemokratie aus ihren Angeln zu heben. Neben die lokalen Arbeitskammern müssen dann als höhere Instanz Bezirksarbeitskammern treten. Die Thätigkeit all dieser Kammern würde eine ungemein vielseitige sein und alle Gebiete der kommunalen Sozialpolitik, der Wohlfahrtspflege, der Hygiene, der Wohnungsinspektion 2c. umfassen. Der Vorsitzende der Arbeitskammer muß ein vom Staate ernannter Beamter sein. Wir legen Werth darauf, um die nöthige Neutralität des Vorsitzenden sicher zu stellen. — Ich meine, unser Antrag verdient das Wohlwollen aller Parteien. In Belgien ist das Gesetz zur Errichtung von Arbeitskammern seiner Zeit einstimmig durch Zuruf angenommen worden, und in Holland haben sich Konservative und Liberale auf ein gleiches Gesetz vereinigt. Bei uns haben die Sozialdemokraten in den Jahren 1878 und 1885 einen ähnlichen Antrag gestellt. Also wird man vielleicht sagen, die Sache ist bedenklich. Indessen einen berechtigten Kern hat auch Fürst Bismarck in den sozialdemokratischen Forderungen anerkannt. Die Organisation des Berufs ist denn auch in Wahrheit ein durchaus konservativer Gedanke. (Beifall.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): Mein Antrag auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts steht in nur losem Zusammenhang mit dem Antrag Lieber. Das Arbeitsamt soll keine Interessentenorganisation bilden, sondern es soll in erster Reihe Statistik treiben. Es soll ein Observatorium der Arbeit sein, es soll mit der Fackel der Statistik in alle Mißstände hineinleuchten, es soll dadurch der theoretischen Diskussion und der gesetzgeberischen Praxis eine feste Unterlage gewähren, denn eine gute Sozialstatistik ist die Vorbedingung jeder guten wirthschaftlichen Reform. Es sind viele Zeichen für eine wirthschaftliche Neubildung des Mittelstandes vorhanden, in der wirthschaftlichen Phase der siebenziger Jahre befinden wir uns nicht mehr. Die liberale und sozialistische Nationalökonomie stehen sich heute nicht mehr fremd gegenüber wie ehedem. An dem marxistischen Gedanken wird gegenwärtig stark gerüttelt; die Verelendungslehre wird heftig angegriffen, die Krisentheorie schon nahezu ganz verworfen. Also auch die Sozialdemokraten entziehen sich auf die Dauer nicht der neueren wirthschaftlichen Erkenntniß. Vor Allem wird eine gründliche Strikestatistik nothwendig sein. Es wäre auch zu wünschen, daß die Erkenntniß in weitere Kreise Eingang fände, wie harte Strafen schon jetzt auf Ausschreitungen bei Strikes gelegt werden; dann würde man nicht mehr nach Zuchthausstrafen rufen. Nach den sozialpolitischen Reden, die Graf Posadowsky hier im Hause gehalten hat, hoffen wir, daß unserm Antrage ein Widerstand von dieser Seite aus nicht erwachsen wird. Die arbeitsstatistische Kommission, die wir haben, und das Arbeitsamt, das wir wünschen, stehen allerdings durchaus nicht auf derselben Stufe, denn zu den Erhebungen der ersteren ist die Genehmigung des Reichskanzlers erforderlich, und sie wird nur periodisch einberufen auf Anordnung des Bundesraths; das von uns geforderte Arbeitsamt aber soll ständig in einem fest umgrenzten Wirkungskreise arbeiten und wird daher ganz andere Resultate erzielen, als die Kommission. Da die Anträge Lieber, Rösicke und mein Antrag wesentlich den Charakter von Resolutionen tragen, so empfehle ich ihre Erledigung im Plenum, während ich den Antrag von Heyl an die Gewerbeordnungs-Kommission zu überweisen bitte.

Abg. Frhr. **von Stumm** (Rp.): Ich bedauere, den Vorrednern die Illusion rauben zu müssen, daß das ganze Haus auf ihrem Standpunkt steht. Ich meine, durch die Annahme der Anträge würde der Sozialdemokratie ein großer Triumph bereitet werden. Man würde sagen, große, ausschlaggebende Parteien des Hauses haben sich den sozialdemokratischen Forderungen ganz erheblich genähert, denn die s. Z. von sozialdemokratischer Seite gestellten Anträge bewegten sich ja auf ganz derselben Linie. Es fehlt blos noch, daß auch in den vorliegenden Anträgen die Festsetzung von Minimallöhnen u. s. w. gefordert würden. Früher hat sich doch der Abg. Hitze nur auf den Boden der Knappschaftsvereine gestellt und auch Herr von Heyl hat noch im vorigen Jahre lediglich den Wunsch geäußert, die Organisation von Arbeitgebern und Arbeitern nach dem Muster der Knappschaftsvereine einzurichten; heute gehen die Herren schon viel weiter, heute wollen sie bereits die Gewerbegerichte zum Muster nehmen. Ich bedauere sehr, daß meine Bestrebungen, die Grundsätze der Knappschaftsvereine auf die gesammte Gesetzgebung zu übertragen, zu keinem Resultate geführt haben. Hätte ich mit meinen Bestrebungen Erfolg gehabt, dann wäre das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern heute ein besseres und festeres. Statt dessen haben wir den Boden der Knappschaftsvereine in unserer sozialen Gesetzgebung verlassen und unsere sozialpolitische Thätigkeit zersplittert. Meiner Ansicht nach thäten wir besser, uns auf einen bestimmten Punkt zu konzentriren, und vor allen Dingen darauf hinzuarbeiten, daß wir eine Versicherung der Wittwen und Waisen bekommen. Wenn wir uns so auf einen Punkt vereinigt hätten, so wären wir weiter gekommen, als mit unserm jetzigen Experimentiren. (Sehr wahr! rechts.) Alle diese Experimente stehen in diametralem Gegensatz zu den Grundsätzen der Knappschaftsvereine, weil sie nicht die Gemeinsamkeit, sondern die Gegensätzlichkeit der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern pflegen. Der Antrag Hitze geht von Voraussetzungen aus, die gar nicht zutreffen. Die Arbeiter, die die Kenntnisse haben, die der Abg. Hitze voraussetzt, sind gar keine Arbeiter mehr, ebensowenig wie die sozialdemokratischen Abgeordneten hier. Wenn man soweit geht, so muß man sich logischerweise auf den Standpunkt der Sozialdemokraten stellen, die im Jahre 1885 dem Reichstag ein durchdachtes System vorschlugen, durch das die sozialdemokratischen Führer den größten Einfluß erlangt hätten. Nun hat der Abg. Hitze auch von dem Allerhöchsten Erlaß gesprochen. Die Hereinziehung dieses Erlasses halte ich nicht für korrekt, und ich werde ihm darin nicht folgen. Was für den Arbeiterausschuß im einzelnen Betriebe gilt, gilt erst recht von Arbeitskammern im Bezirk. Sie wollen den Arbeitskammern so viel Aufgaben zuweisen, daß ich garnicht weiß, woher sie das Personal zu deren Erledigung nehmen sollen, ganz abgesehen davon, daß die hierzu erforderlichen Kenntnisse kaum ein Dutzend Mitglieder des Hauses besitzen. Auf die Erfolge in Belgien kann man sich nicht berufen, denn das, was dort besteht, ist etwas ganz Anderes als was hier angestrebt wird, und der letzte große Strike ermuthigt doch gewiß nicht zur Nachahmung der dortigen Verhältnisse.

Ich komme nun zu dem Antrage Heyl, der sich am meisten der sozialdemokratischen Auffassung nähert. Die Gewerbegerichte sind heute schon von den Sozialdemokraten usurpirt worden, sie sind am allerwenigsten geeignet, die Funktionen der Arbeitsämter zu übernehmen. (Sehr wahr! rechts.) Es giebt nichts, was die sozialdemokratischen Gewerkschaften so stärken würde, wie die Einrichtung von derartigen Arbeitervertretungen. Die Sozialdemokraten haben sich der Krankenkassen, der Gewerbegerichte, ja sogar der Innungen bemächtigt, woran früher Niemand gedacht hat (Heiterkeit bei den Soz.), und sie würden auch die Beisitzer der Arbeitskammern aus den Kreisen ihrer Genossen delegiren. (Abg. v. Kardorff: Sehr wahr!) Die Forderung der Anerkennung der Berufsvereine ist ein Kinderspiel gegen den Antrag Heyl, der einen Stimulus zu erhöhten Lohnforderungen für die Masse der Arbeiter bildet, und wer sich dann ihren Forderungen widersetzt, der wird einfach für ein Scheusal, für einen Ausbeuter erklärt. (Abg. v. Kardorff: Sehr wahr!) Was nun den Antrag Pachnicke betrifft, so halte ich die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes für völlig überflüssig. Die Abtheilung des Reichsamts des Innern ist vollkommen ausreichend. Allzuviel Köche verderben den Brei. Die Auffassung, daß der Arbeiter als Waare betrachtet wird, ist heute nicht mehr vorhanden. Das ist eine Manchesterauffassung, die jetzt längst verschwunden ist. Die Früchte des Antrages werden allein der Sozialdemokratie in den Schoß fallen. Im hoffe, daß die Regierungen sich niemals auf diesen Abweg werden drängen lassen. Der Reichstag hat unzweifelhaft eine starke Minorität, die den Anträgen unsympatisch gegenübersteht. Ich bin schon vor langen Jahren dem Manchesterthum entgegengetreten und für das Prinzip der nationalen Arbeit eingetreten. Damals hat mein Freund von Kardorff eine durchschlagende Broschüre gegen das Manchesterthum geschrieben. Heute werden wohl nur noch sehr wenige Abgeordnete hier im Hause sein, die nicht das Prinzip der nationalen Arbeit anerkennen. Sowie wir heute dem Fürsten Bismarck Dank wissen, daß er sich von dem öden Manchesterthum zum Prinzip der nationalen Arbeit 1879 bekehrt hat, so wird man auch den verbündeten Regierungen Dank wissen, wenn sie sich heute von sozialpolitischen Irrwegen fernhalten und auf einem sozialpolitisch gesunden Standpunkte verharren.

Abg. Frhr. **v. Heyl zu Herrnsheim** (nl.): Mein Antrag bewegt sich durchaus in der Richtung der kaiserlichen Erlasse; das beweist schon die Interpretation, die diesen durch den früheren Minister Frhrn. von Berlepsch zu Theil geworden ist. Herr von Berlepsch erklärte seiner Zeit ausdrücklich, daß das Programm der kaiserlichen Erlasse mit der Errichtung der Gewerbegerichte und Arbeiterausschüsse und der Versicherungsgesetzgebung allein nicht erschöpft sei, sondern daß ihnen noch weitere Aufgaben vorbehalten seien, und er fügte damals hinzu, daß soweit er persönlich die Sache überschaue — und er war doch damals das berufene Organ, die königlichen Erlasse auszuführen — diese Erlasse in der That auf eine Vertretung der Arbeiter abzielten, ganz von derselben Art, wie sie mein heutiger Antrag vorschlägt. Wenn nun gesagt wird, wie das Herr v. Stumm gethan hat, die heute gestellten Anträge seien Steine für die Arbeitgeber, so würde damit doch zugleich gesagt werden, daß auch die kaiserlichen Erlasse Steine für die Arbeitgeber seien und ich halte es nicht für angebracht, daß eine solche Kritik an den kaiserlichen Erlassen in diesem Hause geübt wird. (Sehr gut! links.) Der Vorwurf, daß ich, während ich früher das Knappschaftsprinzip vertreten hätte, jetzt durch meinen Antrag zur Verfechtung sozialistischer Prinzipien übergegangen sei, ist ebenso unberechtigt, wie die Behauptung, daß durch den Antrag Hitze und die anderen Anträge ein Riß in die sozialpolitischen Auffassungen der staatserhaltenden Elemente gemacht werde. Diese Auffassung theile ich gar nicht, und wenn Sie den sich mit dieser Frage beschäftigenden Artikel der Kreuzzeitung lesen, so werden Sie auch dort die Ansicht vertreten finden, daß in unseren Anträgen konservative Gedanken enthalten sind. Herr Kropatscheck will doch auch Berufsgenossenschaften, wie ich, wo auch der Arbeiter sein Feld hat, und keine Berufsgenossenschaften, wo die Arbeitgeber allein die Arbeiter kommandiren. Auch das holländische Gesetz ist von einem konservativen Abgeordneten eingebracht worden. Es liegen nicht weniger als 35 Erlasse der Königin Wilhelmine vor, wodurch ebenso viel Arbeiterkammern errichtet werden. Ich nehme an, die Königin von Holland ist von ihren Ministern so berathen, daß sie nicht sozialistische Prinzipien einführen wird. Ich erinnere auch daran, daß schon in der rheinisch-französischen Gesetzgebung vom Jahre 1810 ähnliche Prinzipien sanktionirt worden sind, wie sie in meinem Antrage zum Ausdruck kommen. Wie kann man Angesichts dieser Thatsache davon reden, daß wir mit unsern Anträgen im sozialistischen Fahrwasser segeln! Das ist doch eine starke Uebertreibung. Frhr. v. Stumm hat sich im Jahre 1895 doch in diesem Hause selbst bereit erklärt, weitgehende Befugnisse an eine solche Organisation zu ertheilen, vorausgesetzt, daß sie nach Art der Knappschaftskassen eingerichtet werden. Wenn das in dem vorliegenden Antrage nicht geschieht, so gebe ich zu bedenken, daß das Knappschaftskassenprinzip schon heute dadurch stark durchlöchert ist, daß die Bergarbeiter den Gewerbegerichten unterworfen sind. Schon deshalb sind die Gewerbegerichte ein mehr geeigneter Ausgangspunkt für eine Arbeiterorganisation. Meine Freunde und ich sind in den letzten Tagen von der Presse des Centralverbandes deutscher Industrieller wegen dieses Antrages ganz maßlos angegriffen worden, und in der Heimarbeiterfrage sagt die „Berliner Korrespondenz", man müßte nach der Begründung unseres bezüglichen Antrages annehmen, daß in der Schweiz bereits ein sozialistischer Zwangsstaat bestehe. Diese Auffassung ist ganz falsch. In der Schweiz beschränken sich die Sozialdemokraten wesentlich auf eine wirthschaftspolitische Thätigkeit, und das hat seinen Grund darin, daß dort alle Gesetze der Volksabstimmung unterliegen. Die weitere Folge davon ist wieder, daß sich in diesen Gesetzen ein weit stärkerer konservativer Charakter wiederspiegelt, als er in den Beschlüssen von Parlamentsmehrheiten zu finden ist. Auch in Belgien haben sich die Arbeitervertretungen durchaus bewährt. Dort haben sich die Arbeitgeber selbst bereit erklärt, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, welches von Arbeitgebern und Arbeitern gebildet wird. Das beweist doch, daß in diesen Schiedsgerichten nicht einseitig das Interesse der Arbeiter vertreten wird. Ich habe selbst einen Sachverständigen nach Belgien und Holland geschickt, um mich über die dortigen Verhältnisse genau zu informiren. Als er zurückkam, theilte er mir mit, daß eine große Anzahl hervorragender Fabrikanten die Institution der Arbeitervertretungen als durchaus nothwendig anerkennt. Es ist auch eine Enquete in Belgien über diese Einrichtung veranstaltet worden; diese liegt mir vor und hat namentlich große Bedeutung Angesichts der scharfen Charakteristrung der Arbeitervertretungen seitens des Freiherrn von Stumm; denn aus ihr geht hervor, daß die belgischen Arbeitgeber nicht nur einverstanden sind mit den Arbeitervertretungen, sondern auch ihre Fortbildung wünschen.

Ich muß dann aber noch einmal auf den Centralverband der Industriellen Deutschlands zurückkommen. Diesen Centralverband möchte ich auch einen Berufsverein nennen; er unterscheidet sich in seiner Thätigkeit in nichts von den Berufsvereinen der Arbeiter; er vertritt ganz einseitig seine Interessen. (Sehr gut! links.) Die Generalsekretäre, die bezahlten Angestellten der Berufsvereine sind für mich nicht unschädlicher und unbedenklicher, als die Berufsvertreter der Gewerkvereine. (Sehr gut! links.) Diese Generalsekretäre maßen sich an, eine Kritik über unsere Thätigkeit als Abgeordnete zu üben, sie in einer Weise unter ihre Censur zu stellen, die weit schlimmer ist, als die auf der anderen Seite, weil sie natürlich ganz andere Geldmittel haben und über eine ganz andere Presse verfügen. (Hört, hört! links.) — Ganz abgesehen davon, muß ich sagen, wenn man diese Zeitungsartikel liest, dann kommt eine Unreife des Ausdrucks, ein Dilettantismus zum Vorschein, der auf das äußerste zu beklagen ist. (Sehr wahr! links.) Zum Beispiel hat sich der Generalsekretär Bueck über unseren vorliegenden Antrag unter Hereinziehung der englischen Gesetzgebung in einer Weise geäußert, die ich für beklagenswerth halte: der Mann hat keine Ahnung von der englischen Gesetzgebung! Es ist ihm nicht klar, welcher Unterschied zwischen der Arbitrations- und der Conciliations-Act besteht. Er sagt, die Arbitrations hätten sich in England nicht bewährt und auch nicht die Conciliations. Die Arbitrations Act kann er nicht gelesen haben, sonst müßte er wissen, daß darin vorgeschrieben ist, daß das Schiedsgericht nur für solche Parteien in Betracht kommt, welche die Beilegung von Streitigkeiten schriftlich vorher beantragt haben. Das Urtheil ist dann unwiderruflich und macht zum Schadenersatz verbindlich. Wenn die Parteien sich nicht vorher in dieser Richtung gebunden haben, kann von Arbitration nichts in Betracht kommen. Ihm ist aber vor allen Dingen nicht bekannt, daß im Jahre 1896 ein neues Gesetz gemacht worden ist, die sogenannte Conciliation-Acte, in der der Verhandlungszwang eingeführt worden ist. Er ist nicht nur in Neuseeland eingeführt. Das ist etwas ganz anderes. Frhr. v. Stumm irrt sich, wenn er glaubt, er ist in Neu-Seeland eingeführt; er ist in England eingeführt. Dort hat der Handelsminister ein Schiedsgericht ad hoc zu berufen, bei wei welchem der Verhandlungszwang eingeführt ist. Sind der englische Handelsminister und die anderen Männer, die in England diese Sache gemacht haben, etwa Sozialdemokraten? Ich muß sagen, der Vergleich mit den Sozialdemokraten, der in dieser Richtung zum Vorschein kommt, kann draußen im Publikum keinen günstigen Eindruck machen. (Sehr wahr! links.) Dieser Centralverband der deutschen Industriellen hat natürlich auch einen gewissen Einfluß

auf die rechte Seite des Hauses ausüben wollen. Wie man uns bei unseren Anträgen über die Heimarbeit vorgeworfen hat, wir wollten auch die Landwirthschaft unter diese Gesetze stellen, so hat man jetzt auch der rechten Seite des Hauses nahe gelegt, wir würden derartige Arbeitsämter auch auf die landwirthschaftlichen Betriebe ausdehnen. Das ist geradezu ausgeschlossen, wenn man sie an die Gewerbegerichte anschließt. Die Landwirthschaft hat doch mit den Gewerbegerichten nichts zu thun! Ich muß sagen, wenn der Centralverband der deutschen Industriellen sich heute als Beschützer der Landwirthschaft aufspielt, so ist das eine Unbescheidenheit, die ich gar nicht verstehen kann. (Heiterkeit.) Wer war es denn, der den krassesten Dilettantismus, der je in Erscheinung getreten ist, in den Handelsverträgen des Grafen v. Caprivi, unterstützt hat? (Bewegung.) Diesen Dilettantismus, der für die Landwirthschaft den Ruin bedeutet hat, hat doch der Centralverband der Industriellen in der lebhaftesten Weise unterstützt, und er hat garnicht darnach gefragt, welche Wirkung das auf die Landwirthschaft hat (Sehr wahr!). Und als ich damals einen Antrag eingebracht habe, die landwirthschaftlichen Interessen durch Kündigung der Meistbegünstigungsverträge zu schützen, wurde ich durch denselben Centralverband der Industriellen in derselben Weise angegriffen, wie es heute bei dem Arbeitskammerantrage geschieht. Warum? weil ich gegen die materiellen Interessen der Herren verstoßen habe, wie dieser Antrag verstößt gegen die Herrschaftsgelüste, die auf jener Seite noch bestehen. (Sehr gut! links.) Wenn Frhr. v. Stumm glaubte, daß unsere Anträge mit dem Verhandlungszwang sich dem sozialdemokratischen Programm näherten, was aber natürlich mit diesen Fragen gar nichts zu thun hat, — sonst müßten auch diejenigen die für die Gewerbegerichte gestimmt haben, sich mit dem sozialdemokratischen Programm identifiziren, da ja die Sozialdemokraten auch die Gewerbegerichte in ihr Programm aufgenommen haben (sehr gut!) — so möchte ich mittheilen, wie der jetzt amtirende Minister Sir John Gorst über diese Frage denkt. Er spricht sich entschieden gegen die Berufsvereine aus, von denen er sagt, daß sie nur gebildet werden zum Fechten und daß neben den Berufsvereinen die Ungelernten, Schwachen und Frauen keinen Einfluß gewinnen können, daß aber neben dem Arbeitgeber und Arbeiter noch ein weiterer Faktor in Betracht kommt, das Publikum, das ein Recht darauf habe, daß die Regierung nicht diesen streitenden Parteien „den Ring hielte", sondern daß die Regierung mit ihrer Autorität einzugreifen hätte und zwar in der Form, wie es 1896 durch den Verhandlungszwang in England eingeführt ist. Er wollte also obligatorische Schiedsgerichte mit Verhandlungszwang. Ein konservativer Minister in England wird doch mit den Prinzipien, wie wir sie in unserem Antrage niedergelegt haben und die er als richtig anerkennt, nicht auf die Bahn der Sozialdemokratie überzugehen die Absicht haben.

Bezüglich der Funktionen, die wir den Arbeitsämtern zuweisen wollen, vertritt der Kommissionsbericht zum Gewerbegericht schon unsern Standpunkt, während Frhr. v. Stumm in direktem Widerspruch mit dem Grundgedanken sich befindet, von dem aus die Gewerbegerichte begründet worden sind. Was die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit anbetrifft, so weiß ich wohl, daß dies ein Bedürfniß [illegible] welches der Staat befriedigen wird. Wann, weiß ich allerdings nicht. Nach meiner Idee wäre es aber schon jetzt wünschenswerth, wenn sämmtliche Fabriken und Arbeiter in die Lage gebracht würden, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, insoweit sie mit der Akkordarbeit zusammenhängt, in den einzelnen Kreisen vornehmen zu können. [illegible] auf die Wohnungsfrage wird gerade durch eine Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern Großes geleistet [illegible]. Die Baumeister machen nur unpraktische Vorschläge, aber [illegible] Fabrikarbeitern bin ich überzeugt, daß sie uns in dieser [illegible] mit praktischen Winken an die Hand gehen werden. [illegible] wir denn nicht mit Freuden auch von dieser Seite Bestrebungen annehmen? Aber wenn wirklich die Gefahr [illegible], daß in die Arbeitskammer, die wir vorschlagen, ein [illegible] andere Sozialdemokrat eintritt, soll dann der Arbeitgeber den Muth haben, mit diesen Leuten zu kämpfen? Es wäre [illegible] eine Beleidigung der deutschen Arbeitgeber, zu glauben, [illegible] nicht den moralischen Muth haben, den sozialdemokratischen [illegible] entgegen zu treten. (Sehr wahr!) Wir sind davon durchdrungen, daß unsere Vorschläge zu Zielen führen, wir [illegible] aber auch weiter davon durchdrungen, daß ebenso viel Muth dazu gehört, in politischer Beziehung mit den Sozialdemokraten [illegible], dazu gehört, trotz der sozialdemokratischen Agitation die [illegible] der staatstreuen Arbeiter so zu fördern, wie es nöthig [illegible] (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Rösicke** (d. k. P.): Die Anträge haben im Grunde genommen alle denselben Zweck, nämlich den Arbeitern eine gesetzliche Grundlage für die Vertretung ihrer Interessen zu schaffen. Die Hindernisse, die den Arbeitern bei der Vertretung ihrer Interessen in den Weg gelegt sind, beruhen hauptsächlich in den Vereinsgesetzen der einzelnen Länder, sie dürfen nicht so wie es ihnen gut dünkt zusammentreten, um über ihre Interessen zu berathen, sondern sie stehen stets unter der Kontrole der Polizeibehörden. Bei den Unternehmern ist das nicht der Fall. Unsere Anträge sollen dies Mißverhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beseitigen. Dieselben stehen auf dem Boden der Februarerlasse, deren Ausführung die Pflicht der Regierung ist. Dem Abg. Frhrn. v. Stumm sind diese Erlasse natürlich recht unangenehm, er will nicht daran erinnert werden, aber wir sind kaiserlicher als der Frhr. v. Stumm und werden die Regierung bei jeder Gelegenheit daran erinnern, daß sie die Pflicht hat, die Erlasse auszuführen. Von der Errichtung eines Reichsarbeitsamts erwarten wir vor Allem eine Förderung der Arbeiten der Kommission für Arbeiterstatistik; die jetzige Kommission ist in 4 Jahren nur 41 mal zusammengetreten, sie kann also ihre Arbeiten nicht in dem Maße fördern, wie es wünschenswerth ist. In Bezug auf die Arbeitskammern besteht zwischen den früheren Vorschlägen der Sozialdemokraten und denen der Herren Hitze und Heyl ein so großer Unterschied, daß eine gewisse Portion von Böswilligkeit dazu gehört, wenn man sagt, Herr Frhr. v. Heyl hätte sich den Sozialdemokraten genähert. Die Forderung der Errichtung von Arbeitskammern ist durchaus berechtigt; die Arbeitgeber werden dann mehr Gelegenheit haben als bisher, mit den Arbeitern in Berührung zu kommen, beide werden sich kennen und achten lernen. Je mehr sie zusammenarbeiten, desto besser ist es für das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Heute besteht zwischen beiden eine weite Kluft, zu deren Ueberbrückung viele Kreise nicht einmal die Hand reichen wollen. Herr v. Stumm bestreitet den Arbeitern sogar das Recht der Mitberathung. Kein Wunder, daß sich die Arbeiter dann an die Sozialdemokraten wenden. Ein weiteres Mittel, das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu bessern, liegt auf dem Gebiet des Koalitionsrechts und des allgemeinen Wahlrechts. Auf dem Papier haben beide dasselbe Recht, aber in der Praxis besitzen die Arbeiter weniger Rechte als die Arbeitgeber. Ich erinnere daran, daß der jetzige Kaiser mir gegenüber sich einmal dahin geäußert hat, es komme darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind und allgemein als solcher anerkannt werden. Auf die Aufgaben der Arbeitskammern will ich nicht mehr eingehen, ich bemerke aber, daß man die belgischen Verhältnisse nicht zum Vergleich heranziehen kann. Die Vorschläge des Frhrn. v. Heyl sind vielleicht insofern noch praktischer als die des Abg. Hitze, da sie leichter durchführbar sind. Ich fürchte aber, daß die Errichtung neuer Gewerbegerichte bei der in manchen Kreisen der Arbeitgeber noch herrschenden Abneigung verzögert wird, wenn man den Gewerbegerichten noch eine neue Aufgabe zuweist. Man müßte sich dann ernstlich fragen, ob es sich nicht empfiehlt, die Einrichtung der Gewerbegerichte obligatorisch zu machen. Vor Allem finde ich es richtig, daß für die Arbeitskammern dasselbe Wahlrecht gelten soll, wie für die Gewerbegerichte, damit den Arbeitern dasselbe Recht gewährt wird wie den Arbeitgebern. Es ist erfreulich, daß die national-liberale Partei so energisch für die Förderung der sozialen Gesetzgebung eintritt. Es ist aber falsch, zu behaupten, daß die National-Liberalen dadurch von ihrem bisherigen Wege abgelenkt sind. Herr von Heyl hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gewerbegerichte auch von den National Liberalen beschlossen worden sind, und ich könnte hinzufügen: auch die Schiedsgerichte. Ich bin der Meinung, der Staat ist nicht nur berechtigt, sondern im Gegensatz zu Herrn von Stumm halte ich ihn geradezu für verpflichtet, endlich dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihre Interessen ebenso wirksam vertreten können, wie die Arbeitgeber. Es ist ja natürlich, daß die Vertreter des patriarchalischen Prinzips außer sich vor Aerger und Empörung sind über diese abtrünnigen Mitglieder der national-liberalen Partei. Ich habe mir einige recht charakteristische Ausdrücke aus der Presse hier zusammengestellt. Da ist von einer Mauserung der National-Liberalen die Rede, von einem „schrecklichen Dilettantismus", der in der Partei groß gezogen würde, da heißt es, die Partei ginge darauf aus, die „Disziplin zu untergraben", sie suche „den Klassenhaß zu schüren", der „soziale Friede wäre ihr gar nichts", und „namentlich Herr von Heyl besorge die Geschäfte der Sozialdemokratie". Dieser letzte Vorwurf ist schon so vielen gemacht, daß man darüber einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Auch das, was Herr v. Stumm über die belgischen Verhältnisse angeführt hat, kann uns nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß die vorliegenden Anträge gut und richtig sind. Herr v. Stumm meinte, die Arbeiter würden dem Einigungsamt sich nicht fügen. Nun, bei dem großen Hamburger Strike waren es gerade die Arbeitgeber, die sich dem Einigungsamt nicht unterwarfen und an deren Verhalten eine friedliche Regelung scheiterte. Der Abg. Frhr. v. Stumm hat uns die Einrichtung der Knappschaftskassen so warm empfohlen. Aber er hat sein Wohlwollen für die Knappschaftskassen nur deshalb so betont, weil er weiß, daß diese Einrichtungen doch nicht auf andere Verhältnisse übertragen werden. Sonst würde er sicher wieder mit neuen Bedenken kommen. Einer großen Gesetzesumwälzung bedarf es nicht, um unsere Wünsche zu erfüllen. Man gebe einfach den Arbeitern das volle Koalitionsrecht! Wenn wir auf die kaiserlichen Erlasse hinweisen, so sagt Frhr. v. Stumm regelmäßig, was darin verheißen ist, ist Alles erfüllt, unsere Auslegung der Erlasse sei falsch, wie aber die Erlasse nach seiner Meinung auszulegen sind, darüber schweigt er. Näher werden wir uns ja über alle diese Fragen noch zu unterhalten haben bei dem heute wieder in Aussicht gestellten Gesetz über den Schutz der Arbeitswilligen. Herr von Stumm hat es uns in Aussicht gestellt, und da er dafür unbedingt maßgebend ist und die Ansichten und Absichten der verbündeten Regierungen und ihrer Vertreter viel besser kennt als sie selbst, so habe ich allerdings die Sorge, daß wir in dieser Session auch noch mit diesem Gesetz bepackt werden. Gerade weil die Arbeitgeber die Möglichkeit haben, ihre Waffen für den Kampf so zu schmieden, wie sie es wollen, müssen wir auch den Arbeitern die Gelegenheit dazu geben. Auf dem Papier besteht für die Arbeiter das Koalitionsrecht, aber in der Praxis verhindern die Unternehmer die Ausübung dieses Rechtes; sobald die Arbeiter das Koalitionsrecht benutzen, um höhere Löhne zu erlangen, da erheben sich die Arbeitgeber und rufen nach der Behörde, und leider fügen sich die Behörden nur zu oft den Wünschen der Arbeitgeber. Das kann man namentlich bei großen Strikes sehen. Ich halte es für die Pflicht der Behörden, in solchen Kämpfen, die mit dem Staatsinteresse garnichts zu thun haben, völlig neutral zu bleiben. Daß das Staatsinteresse nicht immer von den Arbeitern gefährdet ist, das hat ja der große Konfektionsarbeiterstrike hinlänglich bewiesen, und ebenso ist es bei zahlreichen anderen Strikes der Fall. Ich verlange die Neutralität der Behörden und das Recht der Arbeiter, ihre Interessen wahrzunehmen. Die Anträge Hitze, Heyl und die dazu gestellten Unteranträge sind als Ausfluß sozialdemokratischer Gesinnung hingestellt worden; ich kann demgegenüber betonen, daß ganz dieselbe Ansicht, die in diesen Anträgen zum Ausdruck kommt, im Jahre 1890 von dem jetzigen Minister Dr. von Miquel hier im Reichstage vertreten worden ist. Er hat damals als Abgeordneter die Anerkennung der Berufsvereine nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im staatlichen Interesse gefordert und hinzugefügt, daß die Bedenken gegen diese Forderung mehr auf dem Gebiete der Vergangenheit als auf dem der Zukunft liegen. Das mögen sich diejenigen merken, die uns der sozialdemokratischen Gesinnung beschuldigen. Früher erhob der Abg. Frhr. v. Stumm einen solchen Vorwurf nur immer gegen mich, jetzt ist der Abg. Frhr. v. Heyl ein Blitzableiter für die Angriffe geworden. Ich freue mich dieser Gemeinschaft mit ihm, und ich hoffe, daß die National-Liberalen trotz aller Angriffe ihre sozialpolitischen Ansichten energisch weiter vertreten werden. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Abg. **Bassermann** (nl.): Der Antrag Pachnicke entspricht im Wesentlichen meinen bezüglichen Ausführungen bei der Etatsberathung; ich habe also gegen den Antrag keine Einwendungen. Für unsern Antrag verweise ich nur noch auf eine Rede des österreichischen Handelsministers Bärnreither, worin dieser die Einrichtung eines Arbeitsrathes befürwortete, von dem zu erwarten stehe, daß er den Wall von Mißtrauen und einseitigen Parteiansichten im Wege gegenseitiger loyaler Aussprache leicht abtragen werde. Ich weiß nicht, ob Herr von Stumm auch diesen österreichischen Minister der Förderung sozialistischer Endzwecke beschuldigen wird. Einen ganz ähnlichen Standpunkt, wie er in den heutigen Anträgen hervortritt, hat der Abg. Oechelhäuser schon im Jahre 1886 eingenommen. Er sagte damals: Heute überläuft die Arbeitgeber eine wahre Gänsehaut, wenn sie von Arbeitervertretungen hören, und dennoch können solche Organisationen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer vielleicht unter dem Vorsitze eines Fabrikinspektors zur Berathung gemeinsamer Angelegenheiten zusammentreten, nur von höchstem Nutzen sein. Wir sind der Ansicht, daß der lokale Unterbau am richtigsten im Anschluß an die vorhandenen Gewerbegerichte erfolgt, daß es da möglich sein muß, gewisse Sektionen für die Industrie abzutrennen und ihnen diejenigen Aufgaben zuzuwenden, die Sie in unseren Anträgen angedeutet finden. Die Behauptung, daß wir uns mit den Anträgen der Sozialdemokratie nähern, haben wir schon zur Genüge in den „Berliner Neuesten Nachrichten" gelesen, wo wir geradezu als Sozialdemagogen hingestellt werden. Von einem Riß in den staatserhaltenden Parteien kann ebenso wenig die Rede sein. Die „Kreuzzeitung" wünscht doch auch eine Organisation der Berufsstände und spricht davon, daß dieser Gedanke sich der Sympathie in allen konservativen Kreisen erfreue (Hört, hört!), sie warnt dringend davor, die Vorschläge der National-Liberalen und des Centrums von der Hand zu weisen. (Hört, hört!) Sie sagt, es sei Aufgabe einer weisen Gesetzgebung, durch derartige Maßnahmen den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen. (Sehr gut!) Bezüglich der obligatorischen Einigungsämter [illegible] dieses Blatt an anderer Stelle, es gehe nicht an, sich mit dem bloßen Hinweise auf Enttäuschungen in anderen Ländern zu begnügen. Also von einem Riß in den Anschauungen der staatserhaltenden Parteien merke ich nichts; im Gegentheil die Ausführungen der Kreuzzeitung beweisen, daß sich ihre Anschauungen im Wesentlichen mit den heutigen Anträgen decken. Ich verweise an dieser Stelle auch auf die Ausführungen des Abg. Jacobskötter über eine Petition des christlichen Bergarbeiterverbandes auf Einführung obligatorischer allgemeiner Schiedsgerichte. Herr Jacobskötter sagte, das sei der einzige Weg, der zu einem gedeihlichen Frieden führen könne und womit ein großer Theil der kaiserlichen Erlasse erfüllt werde. Sie sehen also daraus, daß auch Herr Jacobskötter heute die kaiserlichen Erlasse als zum Theil noch nicht erfüllt ansieht. Wir haben doch auch in der Handwerkerorganisation ähnliche Ausschüsse geschaffen, wie sie hier gefordert werden, trotzdem auch diese vielfach eine sozialdemokratische Mehrheit aufweisen. Wir haben sie geschaffen aus dem Prinzip heraus, daß ein gemeinschaftlicher Boden gefunden werden müsse. Wenn von den Arbeiterausschüssen recht wenig Gebrauch gemacht wird, so liegt das in der Natur der Sache. Entweder treten die Arbeiter zu energisch für ihre Forderungen ein, dann setzen sie sich der Gefahr der Kündigung aus, oder sie fügen sich den Arbeitgebern, dann verlieren sie das Vertrauen in ihren Kreisen. Daß die Arbeiter den Aufgaben nicht gewachsen sind, die ihnen durch diese Anträge zuerwiesen werden, bestreite ich. Ich hatte lange Jahre im Gewerbegericht in Mannheim zu thun, und da habe ich eine solche Fülle von gutem Willen und Intelligenz bei den Arbeitern gefunden, daß ich mit Vergnügen auf die ganze Zeit zurückblicke und das Gefühl größter Hochachtung für diese Leute habe, die sich zu all' diesen Kenntnissen emporgerungen haben. Also die Arbeiter haben für solche Dinge sehr gutes Verständniß, und man wird bei der Einführung der geforderten Organisationen den Kreis ihrer Aufgaben gar nicht zu eng zu ziehen brauchen. Wir hoffen, daß sich diese Organisationen als sehr segensreiche Einrichtungen erweisen werden, auf die sich weder der Ausdruck bureaukratisch, noch das Attribut agitatorisch anwenden lassen wird. Den Uebertreibungen der Organe des Centralverbandes deutscher Industrieller lege ich keine große Bedeutung bei. Schon Graf von Posadowsky hat seiner Zeit darauf hingewiesen, daß sich solche Aeußerungen, wie: „die ganze Industrie wird ruinirt" und ähnliche bei jedem neuen Vorschlage einstellen; aber wir müssen uns doch gegen die Art verwahren, wie der Generalsekretär Bueck in der Generalversammlung des Verbandes deutscher Industrieller gegen uns operirt hat. Die Schilderung, die er von den Einigungsämtern gab, und womit er das Entsetzen der versammelten Industriellen erregte, trifft natürlich gar nicht zu, denn wir wollen nur den Verhandlungszwang, sodaß die Leute genöthigt sind, persönlich zu erscheinen. Der Centralverband der Industriellen hat ja auch bereits den Grafen Posadowsky zum Förderer der Sozialdemokratie gestempelt. Angesichts dieser maßlosen Angriffe können wir der Regierung nur Dank sagen, daß sie auf dem Wege der Sozialreform weiter schreitet. Die Urtheile der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse über unseren Antrag lauten doch wesentlich anders als das des Frhrn. v. Stumm. Im „Korrespondenzblatt für die Gewerkschaften Deutschlands" werden unsere Anträge als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bezeichnet. Die Sozialdemokraten fürchten eben, daß durch die Arbeitskammern ihr politischer Einfluß gebrochen wird. Wir sind bei der Behandlung sozialpolitischer Fragen immer von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß uns die sozialdemokratische Bewegung nicht hindern darf, eine vernünftige Sozialpolitik zu betreiben. (Sehr richtig!) Wir müssen doch berücksichtigen, daß es neben den 2 Millionen sozialdemokratischer Wähler, die noch nicht einmal alles Industriearbeiter sind, doch noch zahlreiche Industriearbeiter giebt, die nicht der Sozialdemokratie angehören und sich ihrem Einfluß bis dato vollständig entzogen haben. Das gilt bezüglich der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und von den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen, die in Bezug auf die Organisationsfrage auf dem heute von uns eingenommenen Standpunkte der Anerkennung der Organisationen stehen. Die Frage der juristischen Persönlichkeit ist für mich nicht so wichtig, und sie wird noch mehr an Gewicht verlieren, wenn erst das bürgerliche Gesetzbuch in Kraft getreten ist. Die Gewerkschaftsbewegung ist gewachsen, obwohl den Gewerkschaften die Erlangung der juristischen Persönlichkeit so erschwert ist. Die Strikekassen bilden sich auch so. Dazu kommt, daß nach Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches ein Verein die Rechtspersönlichkeit durch Eintragung in das Register erlangt, daß aber die Verwaltungsbehörde das Recht hat, Einspruch zu erheben, wenn der Verein einen sozial-politischen Zweck verfolgt. In diesem Falle besitzt der Verein formal zwar nicht die Rechtsfähigkeit, aber er kann doch nach der Civilprozeßordnung verklagt werden und er kann sich kraft Statut, ohne daß es dazu einer besonderen Genehmigung bedarf, eine korporative Verfassung geben. Es wäre deshalb doch wünschenswerth, wenn wir zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Berufsvereine kämen. Es könnten ja auch bestimmte Kautelen geschaffen werden, um den Vorständen bei Strafe zu verbieten, über ihren Pflichtenkreis hinauszugehen. Diesen Standpunkt haben wir auch bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches eingenommen. Herr von Stumm hat uns sozialpolitische Abwege vorgeworfen. Meine Freunde sind demgegenüber der Ueberzeugung, daß wir dabei nicht auf einem Abwege wandeln, sondern auf einem Wege, der dazu führen wird, den sozialen Frieden zu fördern, manche Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und ein besseres Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen, als es heute vielfach der Fall ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß man mit derartigen Reformvorschlägen etwas Besseres thut, als wenn man fortwährend nach neuen Strafgesetzen ruft und damit die Schäden der Welt zu kuriren glaubt. Wir sind auch der Ueberzeugung, daß wir mit unseren Vorschlägen auf den Bahnen wandeln, die uns vorgeschrieben sind durch die Allerhöchsten Erlasse Kaiser Wilhelms I. und durch die Februarerlasse des jetzigen Kaisers. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Frhr. **v. Stumm:** Ich muß die Behauptung des Freiherrn v. Heyl zurückweisen, als hätte ich die Februarerlasse bekämpft.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim:** Der Abg. Frhr. v. Stumm hat unsere Anträge bekämpft, die lediglich die Konsequenz der kaiserlichen Erlasse sind. Ich nehme mit Dank davon Notiz, daß er nicht die Absicht gehabt hat, die kaiserlichen Erlasse zu bekämpfen.

Abg. Frhr. **v. Stumm:** Ich muß auch diese Bemerkung entschieden zurückweisen. Ich habe nicht nur nicht die Absicht gehabt, die kaiserlichen Erlasse anzugreifen, sondern ich habe sie überhaupt nicht angegriffen und weise es zurück, daß der Abg. Frhr. v. Heyl mir so etwas unterlegt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Zweite Lesung des Bankgesetzes.)

Schluß 6½ Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur **Otto Reuß** in Karlsruhe.

Solche Uebertreibungen und die gehässige Art, mit der von französischer Seite das traurige Ereignis ausgebeutet wurde, haben sicherlich dazu beigetragen, die von den Oesterreichern angestellte Untersuchung in ihrem Gange zu hemmen und das unheimliche Dunkel, das diese nächtliche Mordthat umschwebt, nur noch zu verdichten, anstatt es aufzuklären. In Wien hatte man die erste Kunde vom dem Gesandtenmorde mit Bestürzung erhalten. Nur zu gut mußten Kaiser Franz und seine Minister fühlen, welche Waffe sie ihren Feinden in die Hand gedrückt hatten. Die genaueste Untersuchung und eine strenge Bestrafung der Schuldigen wurde in Aussicht gestellt. Man hatte sogar den hochherzigen Gedanken geäußert, von dem französischen Feldherrn Massena Zeugen zu erbitten, die dem Gange der Verhandlungen beiwohnen sollten. Die Idee wurde bald fallen gelassen. Aber auch Erzherzog Karl, der Höchstkommandierende des österreichischen Heeres, hatte im Anfange den rühmlichsten Eifer gezeigt. Burkhard und sein Vorgesetzter, der Oberst Barbaczy, wurden verhaftet. Doch der Eifer erlahmte. Vielleicht infolge der gehässigen Angriffe des Feindes, vielleicht auch aus anderen Gründen. Die eigens zu diesem Zwecke eingesetzte Untersuchungskommission mußte im weiteren Verlaufe des Feldzuges wiederholt ihren Aufenthalt wechseln. Zuletzt wurde sie nach Pilsen verlegt. Hier in Pilsen, der Stadt, wo sich anderthalb Jahrhunderte zuvor einer der wichtigsten und entscheidendsten Akte in dem ebenso unheimlichen Wallensteindrama abgespielt hatte, wurde im Laufe des Jahres 1800 ein Urteil gefällt, das sämtliche Beklagten, Oberst Barbaczy, Rittmeister Burkhard, 2 Wachtmeister und eine Anzahl Soldaten des Szeklerregiments freisprach.

Dabei ist es verblieben. Bei dem Abschlusse des Luneviller Friedens, der dem zweiten Kriege zwischen Oesterreich und der Republik ein Ende machte, wurde von Frankreich keine Entschädigung mehr verlangt. Merkwürdigerweise fehlten geraume Zeit hindurch in den österreichischen Archiven einige Aktenbelege, die früher vorhanden waren. Wenn ich sage „fehlten“, so soll das natürlich heißen: Sie waren dem Auge entzogen, oder, wie der technische Ausdruck lautet, „sekretiert“ worden. Zum Vorteil der österreichischen Sache war das nicht geschehen. Der ganze Vorgang ist umso eigenartiger, als man neuerdings angefangen hat, diese fehlenden Aktenstücke in Oesterreich zu publizieren, und diese Veröffentlichung, soweit sie wenigstens bis jetzt erfolgt ist, nichts von wesentlichem Belang enthält.*)

Zahlreich waren, wie schon oben angedeutet, die Versuche, das Rätsel des Gesandtenmordes zu lösen. Am meisten Wahrscheinlichkeit hat die Vermutung für sich, daß das Unglück durch den Uebereifer der unteren Behörden veranlaßt wurde, die in ihrem Eifer, sich der Gesandtschaftspapiere zu bemächtigen, allzu scharf vorgingen. Wie weit Haß und Rache, auch die Raubsucht der Szekler die nächste Ursache des eigentlichen Mordes gewesen, muß dahingestellt bleiben. Immer mehr neigt sich die Ansicht der Kenner dem Gedanken zu, daß der fanatische Haß der französischen Emigranten, namentlich eines damals in der Gegend lebenden französischen Generals Danican, dem Morde nicht fern steht, mögen die Emigranten österreichische Husaren durch Geld, Trunk und aufhetzende Reden zu der That angestachelt oder unmittelbar an ihr teilgenommen haben.

Noch immer lagert also ein gewisses Dunkel über der schauerlichen That. Ob es dem zwanzigsten Jahrhundert gelingen wird, es völlig zu lüften, wie das ablaufende endgiltig den Schleier von der geheimnisvollen Gestalt des Gefangenen mit der Maske genommen zu haben scheint? Es ist möglich, aber nach dem Gesagten nicht gerade sehr wahrscheinlich.

*) Die neueste Publikation ist die des österr. Hauptmanns Oskar Criste. Derselbe teilt u. a. das bisher nicht bekannte „Billinger Protokoll“, das Verhör der angeklagten Szekler Husaren mit. Aus diesem Protokoll geht hervor, daß der Regimentsoberst Barbaczy es anfänglich für möglich hielt, daß einige raublustige Soldaten seines Regiments die Thäter seien. Rittmeister Burkhard, Unteroffiziere und Gemeine, die vernommen wurden, sprachen sich übereinstimmend für die Unschuld der Szekler aus. Verdächtig war immer der Umstand, daß die Mörder geläufig französisch sprachen; keiner der siebenbürgischen Husaren war imstande, so zu parlieren. Die Red.

Kunst und Wissenschaft.

+ **Karlsruhe**, 25. April. Am Sonntag vormittag gab Fräulein Ella Becht aus Freiburg im Saale des Großh. Konservatoriums für Musik eine Matinée vor einem sehr distinguierten und vollzählig erschienenen Publikum. Frl. Becht ist eine Sängerin, die eine vorzügliche Schule in ihrem Gesange erkennen läßt. Was ihr besonders den stürmischen Beifall des Publikums errang, ist ihr warmer, seelenvoller, zu Herzen sprechender Vortrag, den man leider bei vielen oft stimmbegabten Gesangskolleginnen vermissen muß. Schreiber dieser Zeilen hat noch nie das herrliche Brahmsche Lied „Immer leiser wird mein Schlummer“ so innig und in jeder Beziehung in solch künstlerischer Vollendung gehört, als wie es von Frl. Becht vorgetragen wurde. Fräulein Becht sang im Verlauf der Matinée Lieder von Cornelius, Schumann, Schubert, Franz Liszt, Brahms, Wolf und Beines. Der Komponist der letzten 3 Lieder des Programms, Herr Musikdirektor Karl Beines, welcher die Begleitung sämtlicher 17 Lieder übernommen hatte, erwies sich als ein ebenso bezenter, feinfühliger Begleiter, als auch als talentvoller, geschickter Tonsetzer. Die Sängerin mußte sich am Ende des Konzertes durch den äußerst reichen Beifall zu einer reizenden Zugabe verstehen.

* **Das Befinden Hermann Sudermanns** hat sich in erfreulicher Weise gebessert. Das Fieber ist zurückgegangen, auch hat sich der Appetit wieder eingestellt.

Sport.

* **Karlsruhe**, 24. April. Ueber die am Montag, den 17. April, geschlossene Hundeausstellung erhalten wir von einem ständigen Mitarbeiter des hervorragendsten deutschen Fachblattes und Mitgliede des Karlsruher Kynologen-Klubs folgenden Bericht:

Die Karlsruher große Internationale Hundeausstellung, die dritte von denselben Hundefreunden veranstaltete Unternehmung, hat bewiesen, daß eine umsichtige Leitung, ein arbeitsfreudiger Ausschuß und ein thatkräftiges Ineinandergreifen aller Beteiligten große Erfolge erzielen kann. So ist denn diese Hundeausstellung, die erste des laufenden Jahres, als eine in jeder Beziehung gelungene zu bezeichnen. Das Vertrauen auf die Namen der Veranstalter hatte eine so große Anzahl von Hunden zusammengebracht, als die gegebenen Räume nur irgend fassen konnten. Die Zahl und Güte der ausgestellten Tiere hinwiederum veranlaßten die am Samstag zahlreich sich einfindenden Besucher aus unserer Stadt, über die Schönheit und Güte der Hunde, die Ordnung und Reinlichkeit der Ausstellung selbst, nur günstiges zu berichten, sodaß am Sonntag und Montag die langen und breiten Gänge der Ausstellung sich mit einem ebenso zahlreichen als feinen Publikum füllten. Unsere höchsten Beamten und Offiziere nebst deren Familien verfehlten nicht, die Ausstellungshalle zu besuchen. Die größte Ehre wurde indessen der Ausstellung zuteil durch den Besuch JJ. KK. HH. des Großherzogs und der Großherzogin selbst nebst Gefolge, S. Gr. H. Prinz Karl und Gräfin Rhena und J. Gr. H. der Fürstin zur Lippe, welche unter Führung der Herren Ed. F. Gartner und C. Stelzer jr., Vorstandsmitglieder des Karlsruher Kynologen-Klubs, die Hunde aufs eingehendste besichtigten. Allerhöchstdieselben waren so befriedigt von dem Gesehenen, daß sie, sowie J. Gr. H. die Erbprinzessin von Anhalt zur Ausstellung 5 Hunde fanden, um dieselben von dem hierfür aufgestellten Richter, Herrn Arthur Mayer-Stuttgart beurteilen zu lassen. Dieser Herr, ebenfalls langjähriges Mitglied des Karlsruher Kynologen-Klubs, wird den Fürstlichkeiten ausführlichen schriftlichen Bericht nebst erläuternden Abbildungen zu unterbreiten die Ehre haben. Allen Förderern der Ausstellung, insbesondere den städtischen Behörden, welche durch Ueberlassung der Ausstellungshalle die Sache der Reinzucht edler Hunde in hochherziger Weise unterstützt haben, sei hiermit der wärmste Dank der Fachleute ausgesprochen.

Verschiedenes.

Jungfraubahn. Es heißt, die Erben Guyer-Zellers beabsichtigten, die Jungfraubahn bis zur Eigerstation fortzusetzen und mit der „Eigerbahn“ abzuschließen. Zur Erreichung des letzten und höchsten Zieles wären ungeheure klimatische und technische Schwierigkeiten zu besiegen, zu deren Ueberwindung das angenommene Baukapital kaum ausreichen würde. Auch die Rentabilität wäre sehr zweifelhaft. Die Saison ist kurz und in dieser kurzen Betriebszeit fallen viele Tage wegen ungünstiger Witterung, Bewölkung, Schneefall, Sturm aus. Wer wollte bei zweifelhaftem Wetter die Fahrt auf die Jungfrau unternehmen und wie viele Touristen, die das herrliche Grindelwald und die prächtige Scheidegg besuchen, würden, selbst wenn die Jungfraujpitze (4167 m) frei herunterblickt, die heikle, mysteriöse Fahrt durch den engen Tunnel, unter Gletscher und Firn hindurch wagen? Die Frequenz bliebe hinter den Erwartungen zurück und damit auch die Einnahme. Ganz anders würde sich die Sache bei einer Eigerbahn gestalten. Die Fahrt ist nicht lang und geht durch bekanntes, festes, zuverlässiges Terrain, nämlich durch das massive Gestein des Eigers, durch das sogar seitwärts Luft- und Lichtstollen getrieben und Aussichtsgalerien geöffnet werden können. Oben, bei der Station Eiger, hat der Reisende bereits die vollständige Hochgebirgswelt vor sich und um sich, mit Gletscherluft aus erster Quelle, und da man sich dort nur noch 700 m unterhalb der Spitze des Eigers (3975 m hoch) befindet, zu dem der Aufstieg wesentlich verbessert würde, so kann auch ein Nichtalpenklubist eine der Hochwarten der Alpen besteigen, wenngleich ältere Damen und invalide Herren immer auf diesen Genuß verzichten müssen. Kurz, eine Eigerfahrt wird sich die Mehrzahl der Gäste von Grindelwald, Lauterbrunnen und Interlaken leisten. Die vorhandenen Mittel gestatten den Nachfolgern Guyers, das Teilstück bis zum Eiger selber auszuführen, falls andere Kapitalisten sich auch ferner zurückhalten, ein schöner Teil des Programms wird verwirklicht und das Prestige des Unternehmens ist gerettet. Sitzt man aber einmal im wohlgeheizten Buffet der Eigerstation (3200 m) bei einer Flasche feurigen Burgunder oder einem starken Grog, so kann man sich wegen der Jungfraubahn noch besinnen. (Basl. Nachr.)

Denksprüche.

Arbeit ist das einzige, aber auch ein ausreichendes Mittel gegen alles Weh des Lebens. Wer nach einem großen Leid viel arbeiten muß, der hat den schwersten Teil desselben schon überwunden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß in Karlsruhe.

Druck und Verlag von Otto Reuß in Karlsruhe, Hirschstraße 9.

Nr. 98. Karlsruhe, Freitag, den 28. April 1899

Nachdruck der Originalaufsätze des Unterhaltungsblattes ist untersagt.

Annemarie. 5

Roman von Mary Misch-Kastner.

(Nachdruck verboten.)

Wieder klopfte es leise an das Fensterchen.

Wer ist da?

Ich!

Du noch immer? Was willst denn, Anton? Geh' doch heim.

Wein' nicht so viel, Annemarie! Nach den traurigen kommen auch wieder schöne Zeiten.

Für mich nicht, Anton!

O freilich, wart's nur ab. Wie denkst Dir's denn, wie wirst Dir denn Dein Leben einrichten?

Mein Jesus, ich werd' eben arbeiten und wieder arbeiten. Aber vielleicht sterb' ich auch bald. Ich wär' froh!

Ich fürcht', Annerl, vorläufig hast Du dazu noch Zeit, mußt schon noch etwas warten.

Ja, ja, wie es kommt, muß ich es tragen. Gute Nacht!

Halt Annemarie, nur noch eine Frage: Gelt, mit dem Assistenten droben, dem Doktor Hartlieb, das war nichts Rechtes?

O nein, nein, gewiß nicht. Aber Dich geht es nichts an, wie es auch war. Sogar heut' ärgerst Du mich, sogar heut' läßt Du mir keine Ruh'. O mein Gott! Mein armes Mutterl, hol' mich zu Dir!

Das Fenster schloß sich leise, und Anton lachte still vor sich hin, morgen, nach der Beerdigung, wollte er es ihr sagen. Und dann sollte es vorbei sein mit Tanzen, Spielen, Singen, mit Raufen und Faulenzen! Ein für allemal vorbei, so gewiß er einen eigensinnigen, hartnäckigen Schädel hatte, der zu halten pflegte, was er versprach.

* * *

Hei, das gab einen Sturm. Noch viel ärger als Anton ihn sich vorgestellt hatte. Das grollte, donnerte, blitzte und schlug schließlich auch ein, so toll, als sollte das Haus Kraps mit Familie untergehen.

Vom frühen Morgen an herrschte Mißstimmung. Der Vater hatte der Mutter noch in der Nacht beim Heimkommen erzählt, daß Anton nicht im „Hirschen“ gewesen sei. Und die Mutter hatte dagegen verkündet, daß Anton den ganzen Abend fortgewesen und auch jetzt, um ½11 Uhr, noch nicht nach Hause gekommen wäre. Sie warteten infolge dessen horchend in ihren Betten, bis der Sohn endlich die kleine Treppe in seine Kammer hinaufschlich, punkt 1, wie der Vater, mit einem Blick auf die Schwarzwälderuhr, feststellte.

Die Mutter begann auch gleich nach dem Frühstück Anton zu schelten. Wo er gewesen sei, fragte sie. Spazieren, antwortete er und wurde blutrot dabei. Er solle ihr das nicht weismachen, meinte hierauf die Mutter, worauf der Vater sagte, die Lumperei müßte jetzt, wo Anton Bräutigam sei, aufhören.

Bräutigam! Ja, das war er, so fühlte er sich; aber nach einer andern Richtung hin als zum Hirschenwirt. Anton hatte die Nacht nicht geschlafen; er hatte gelegen und sich geprüft, ob er dem Kampf würde gewachsen sein; hatte sich noch einmal alles Unangenehme vorgestellt, das aus seinem Entschluß hervorgehen mußte; viel, viel Unangenehmes und Schweres. Und er hatte sich vorgenommen, es so zu machen, wie er es als Bube zu machen pflegte, wenn er etwas angestellt: die Augen zu, den Buckel hingehalten, die Zähne übereinander . . . so, und nun los. Schlagt, schimpft, schopfbeutelt, einmal nimmt's ja doch ein Ende. So ähnlich wollte er es wieder machen, und so ähnlich würde es ja auch wieder ausfallen. Nicht so handgreiflich, aber dafür in anderer Art umso ärger, er kannte der Mutter und Schwestern Mundwerk.

Einmal mußte es ja doch ein Ende nehmen; damit tröstete er sich. Und dann kam die Belohnung für die Ausdauer. Ach, eine gar herrliche Belohnung! Das Herz that ihm förmlich weh beim Gedanken daran und doch hüpfte es vor Freude und Sehnsucht. So närrisch verliebt war er in die Annemarie.

Nun war es Vormittag des kritischen Tages und die Zeit kam heran, wo er Farbe bekennen mußte. Die Mutter kündigte ihm an, daß nachmittags Besuch zum Kaffee käme: die Klara! Und daß sie von ihm erwarteten und ihm dazu Gelegenheit geben würden, daß er ihr schön thue, womöglich gleich ein Jawort von ihr bekäme; denn solche Eisen müßten heiß geschmiedet werden.

Nachmittags schon! Da war also jetzt die höchste Zeit, mit der Sprache herauszurücken. Brr! Anton schüttelte sich auf seinem Tisch und nähte in der Aufregung die Taschen einer Hose mit wunderschönen Stichen fest zusammen. Brr! wenn's nur vorbei wäre.

Laßt mich doch mit der Klara zufrieden, begann er und hielt im Geiste den breiten Rücken hin, ich will sie nicht, die lange Latte!

Waaas? Die Mutter stemmte beide Fäuste in die Seiten. Was? Du willst sie nicht? Du bist wohl närrisch geworden?

Nein, ich will sie nicht! Ihr wollt mich da verheiraten, ohne mich zu fragen, aber ich will sie nicht, die Klara!

Anton hatte eine gute Methode gewählt; diesem bockigen, eigensinnigen „ich will sie nicht“ gegenüber verlor die Mutter die Fassung. Hilflos schaute sie von Anton auf den Herrn des Hauses und von diesem, der mit offenem Munde zuhörte, wieder auf Anton.

Na, so red doch! So sag ihm doch Deine Meinung. Sie stieß den Gatten und Vater energisch in die Seite.

Ja, ja, aber ich bin ganz perplex, sagte dieser. Was soll das heißen, Anton? Eine so gute Partie bietet sich einmal und nicht wieder. Dummheiten machen ist da nicht am Platze. Es ist wohl auch nicht Dein Ernst, nicht? Red doch.

Ja, es ist mein Ernst. Ich will sie nicht, ich mag sie nicht, ich nehm sie nicht.

Die Mutter schlug mit der Hand auf den Tisch. Zum Donnerwetter, was soll denn das heißen? schrie sie wütend.

Anton nähte ruhig weiter, indem er gleichmütig sagte: Ihr müßt sie ja nicht heiraten, ich müßte sie haben, und ich mag sie nicht. So arm sind wir, Gott sei Dank, nicht, daß wir auf der ihr Geld angewiesen sind.

Nicht? So? Du meinst, weil Du so viel arbeitest, Du Faulenzer Du. Nicht angewiesen? Ja, hör ich denn recht? Vater, komm, hilf mir, ich will fort, will die Rosa holen und die Magdalen. Meine Haub her. So! Das wollen wir doch einmal sehen.

Fort war sie. Anton that es leid. Nun ging der Sturm, der schon so schön im Gange war, später wieder von neuem los. Aber die Hauptsache kam ja auch erst.

Der Vater schwieg. Der Zorn kochte in ihm, aber er mochte sich nicht allein ärgern. Wenn die Weiber erst da waren, dann . . . So nähten Vater und Sohn friedlich, als wäre nichts im Gange.

Endlich kamen sie alle drei, hochrot von Eile und Entrüstung. Anton wußte nichts von Parzen oder Furien, sonst wäre ihm der Vergleich eingefallen. Es wurde ihm bei all seiner Courage doch recht schwül.

Und nun begannen sie, alle drei auf einmal. Die Stimmen hocherhoben, aber doch noch gewissermaßen freundschaftlich, versuchten sie es mit Ueberredung. Sie stellten ihm noch einmal alle Vorteile dieser Verbindung vor; appellierten an seine Sohnes-, an seine Bruderliebe; flehten ihn beinahe an, ihnen diesen Streich nicht zu spielen und versuchten es schließlich mit Zärtlichkeit, indem sie ihn tätschelten und ihm versicherten, daß sie ihn für viel zu gescheit hielten, um nicht von ihm nur Kluges zu erwarten.

Vergebens! Anton schüttelte den Kopf und sagte mürrisch, er wolle sie nicht, die Klara, und sie sollten sich keine Mühe geben, denn die Sache sei ein für allemal abgethan.

Nun zogen sie andere Saiten auf. Die Stimmen wurden kreischend, er wurde mit Schimpfworten förmlich überschüttet, die Mutter weinte, der Vater befahl, die Schwestern keiften.

Vergebens! Anton biß die Zähne zusammen, hörte alles mit an und schüttelte den Kopf.

Nach einiger Zeit trat Ruhe ein, da alle atemlos waren. Die Schwestern rannten im Zimmer auf und ab, fächelten sich mit ihren Taschentüchern Kühlung zu und schauten Anton herausfordernd an.

Plötzlich blieb Rosa stehen. Ihr rundes, hübsches Gesicht wurde ganz lang, als sie mit einem zischenden Laut der Erleuchtung den Finger an die Stirn tippte.

O wie dumm sind wir, sagte sie, wie dumm! Warum fragen wir denn den Herrn Anton nicht, wen er, statt der Klara, heiraten möchte. Dem da sitzt der Haken, ich kenne doch meine Pappenheimer! Na, also? Rück einmal heraus, Toni, wenn Du Courage hast!

Die Mutter, der Vater, Rosa und Magdalena stellten sich vor Anton hin, der noch immer in unbewegter Ruhe auf dem Tisch saß und nähte. Jetzt schaute er auf und betrachtete alle nach der Reihe. Sie wollten Antwort, sie sollten sie haben. Seine Hände begannen zu zittern und seine braunen Wangen erblaßten, als er ruhig sagte: Du hast recht, Rosa, ich mag auch eine andere lieber als die Klara und ich weiß auch, Ihr werdet nicht einverstanden mit meiner Wahl sein . . .

Haha! Haha! lachten die drei Frauen.

Aber das ist mir ganz einerlei! fuhr Anton fort. Ich laß mir nichts aus- und nichts einreden.

Wer ist's? herrschte die Mutter.

Einen Augenblick zögerte Anton, dann sagte er ruhig: Die Leinewebers Annemarie ist's!

Jesus, Maria und Josef! Alle drei stießen es hervor und starrten sich gegenseitig an. War er verrückt geworden, der Anton? Es mußte so sein, denn in Wirklichkeit, bei voller Vernunft konnte er an so etwas nicht denken.

Anton, ermahnte die Mutter, Anton, komm zu Dir. Nimm Deinen Verstand zusammen, erschrecke uns nicht so fürchterlich. Schau, da steht die Rosa, da die Magdalena und da der Vater. Kennst Du sie, Anton?

Anton merkte wohl, daß ihn seine Mutter nur verspottete, daß sie ihm das Unglaubliche seiner Wahl vor Augen führen wollte. Aber sie sollten auch bald ernsthaft werden.

Es bleibt dabei, ich heirat die Annemarie! sagte er brummig, die hab ich gern, die will ich, durch die werd' ich ein ordentlicher Mensch. Wenn ich die Klara nehm, gewöhne ich mir das Trinken an, das weiß ich vorher.

So, Du Haderlump, Du!? schrie die Mutter, und die Schwestern schrieen mit. Sie fielen über den guten Namen der Annemarie her und zerzausten ihn, daß kein Fetzen mehr davon ganz blieb; sie nannten sie eine Dirne einfach und eine Bettel-dirne als Verstärkung; sie warfen ihr vor, daß sie den Anton durch ihre Leichtfertigkeit eingefangen habe und daß er wohl schon lange heimlich ihr Schatz sei. Und endlich beschworen sie Anton, sich nicht Zeitlebens unglücklich zu machen durch solch eine thörichte, ganz und gar unvernünftige Heirat. Elend, Not, Schande, Verkommenheit seien sein Los.

Als Anton wieder den Kopf schüttelte und gar zu lachen begann, wurde auch der Vater wütend. Der alte Kraps war wie Anton, er brauchte ziemlich lange, bis er wild wurde, aber dann war er gefährlich. Anton wußte, als der Vater anfing, daß jetzt die Hauptnummer des Konzertes begann. Deshalb legte er auch endlich seine Arbeit weg und stieg vom Tisch herunter.

Dem alten Kraps sagte man nach, daß er früher seine Gesellen in weitem Bogen über den Tisch zu schleudern pflegte, wenn sie nicht parierten. Auch Anton hatte den Jähzorn und die Kraft des Vaters manchmal zu kosten bekommen und erwartete auch jetzt nichts Gutes. Trotzig, finstern Blickes standen sich die beiden gegenüber.

Jetzt hab ich genug, murrte der Alte und fuhr sich durch die grauen Borsten, daß sie gerade in die Höhe standen. Genug ein- für allemal. Wer ist Herr hier im Hause? Du thust, was ich Dir befehle! Du heiratest die Wirtstochter und damit fertig. Das Frauenzimmer, die Annemarie, kommt in mein Haus nicht! Verstanden?

O ja, Vater, verstanden schon, sagte Anton bittend, aber überleg Dir's noch. Die Annemarie ist ein so braves Mädel, und schau, Du hast die Mutter doch auch genommen, weil Du sie gern gehabt hast!

Ach was, ich hab keine solchen Aussichten gehabt wie Du jetzt! Wohlhabenheit kann in die Familie kommen, und Du willst nicht! Ich frag Dich nochmals — willst nicht?

Nein, ich will nicht! — Ein Angstschrei der drei Frauen folgte, denn der Vater hatte die schwere Schere nach dem Sohne geworfen, der aber geschickt auswich.

(Fortsetzung folgt.)

Der Rastatter Gesandtenmord.

(28. April 1799.)

Von Paul Holzhausen-Bonn.

(Nachdruck verboten.)

Neben dem Rätsel des Mannes mit der eisernen Maske, neben den Geheimnissen, die mit Wallenstein zu Grabe gegangen sind, und deren Anziehungskraft vor 100 Jahren die Seele eines Friedrich Schiller zu der Schöpfung seiner herrlichsten Tragödie bewegte, hat kein Vorgang in der neueren Geschichte so sehr die Neugierde der Forscher und des Publikums selbst der weitesten Kreise gereizt, wie die in der finsteren Regennacht des 28. April 1799 vor den Thoren der alten Kongreßstadt Rastatt an den französischen Friedensunterhändlern Bonnier und Roberjot verübte grausige Mordthat, welche die Geschichte unter dem Namen des „Rastatter Gesandtenmordes" in ihren Jahrbüchern verzeichnet hat.

Der Rastatter Kongreß verdient, eine der traurigsten Episoden der deutschen Geschichte genannt zu werden. Seine Bestimmung war, nach dem ersten Koalitionskriege der Deutschen, Engländer und Spanier gegen das republikanische Frankreich den Frieden zwischen diesem und dem Deutschen Reiche herzustellen, nachdem die meisten der Verbündeten, Preußen im Separatfrieden zu Basel, Oesterreich, nach Bonapartes italienischen Siegen, zu Campo Formio, sich mit der Republik verglichen hatten. In einem zuerst geheim gehaltenen, später veröffentlichten Artikel dieses Friedens hatte Kaiser Franz den Franzosen den Besitz des linken Rheinufers zugesichert. Der Rastatter Reichsfriedensdeputation fiel das traurige Geschäft zu, eine Grundlage für die Entschädigungen festzustellen, die den deutschen Fürsten für den Verlust ihrer linksrheinischen Besitzungen zuteil werden sollten. Namentlich waren umfangreiche Säkularisationen geistlicher Herrschaften hierfür in Aussicht genommen. Die in buntem Widerspiel miteinander streitenden Interessen aber verschärften die bestehenden Gegensätze mehr und mehr, und das oft recht anmaßende Benehmen der französischen Regierung und ihrer Gesandten zog diesen manche Gegnerschaft zu, ein Punkt, den wir bei der Beurteilung der folgenden Ereignisse im Auge behalten müssen. Ganz besonders verhaßt waren die republikanischen Abgesandten einer Gruppe ihrer eigenen Landsleute, den am Oberrhein stark verbreiteten Emigranten, die im Kampfe für ihren Prätendenten, den nachmaligen König Ludwig XVIII., gegen die Republik ein besonderes Korps gebildet, übrigens auch vielfach während des letzten Krieges in den Reihen der Oesterreicher

und ihrer Verbündeten mitgefochten hatten. Auch das Auftreten der Emigranten am Oberrhein und besonders in der Gegend um Rastatt ist für das Folgende nicht ohne Wichtigkeit. Ueber den Kongreß selbst braucht mir noch gesagt zu werden, daß er völlig ergebnislos verlief, und während er noch tagte, der Kampf zwischen Oesterreich und der französischen Republik, deren fähigster Heerführer, General Bonaparte, inzwischen nach Aegypten gezogen war, wieder ausbrach. Hiermit war dem Friedenskongreß eigentlich der Boden entzogen, und dieser löste sich, nach vielen fruchtlosen Verhandlungen, bei denen ein Meer von Tinte und Druckerschwärze vergossen wurden, am 9. April 1799 in Wohlgefallen auf. Die österreichischen Vortruppen standen damals schon in der Gegend von Rastatt und es scheinen Befehle gegeben worden zu sein, sich der Papiere der französischen Gesandten zu bemächtigen, da man wußte, daß diese ihre Stellung benutzt hatten, um allerlei politisch und militärisch wichtige Nachrichten nach Frankreich hinüberzuschmuggeln. Dieses war umso leichter, da von Rastatt eine gute Verbindung mit dem nahen Rheindorfe Plittersdorf und von hier aus mit dem linken Stromufer bestand, damals, wie wir hörten, einer französischen Besitzung. Es läßt sich ermessen, daß auch unter Offizieren und Mannschaften der österreichischen Avantgarde ein stark ausgeprägter Haß gegen die Gesandten bestand. Er konnte gefährlich werden, wenn die Franzosen ihre Abreise von dem Kongreßorte allzulange verzögerten. Dies thaten sie wirklich; denn erst am 28. April, als schon die Nacht hereinbrach, setzten sich ihre Wagen, die bereits tagelang wohlgepackt im Hofe des alten Rastatter Schlosses gestanden hatten, in Bewegung. Im Laufe des Tages hatte nämlich der kaiserliche Oberst Barbaczy vom siebenbürgischen Regiment der Szekler, der in dem benachbarten Gernsbach sein Quartier hatte, in die Stadt einen Offizier geschickt, um den Franzosen anzukündigen, daß sie innerhalb 24 Stunden Rastatt und den Bezirk der Armee zu verlassen hätten, und nun setzten die Gesandten ihre Ehre darin, keinen Augenblick länger zu bleiben.

Aber schon am Stadtthore wurden ihre Wagen zum erstenmal angehalten. Husaren von dem nämlichen Regiment der Szekler, unter dem Befehle eines Rittmeisters Burkhard, hatten die Thore besetzt und verweigerten den Franzosen die Durchfahrt. Die Gesandten mußten aufs Schloß zurückkehren. Sie waren ihrer drei, außer dem genannten Bonnier, einem grämlichen Republikaner, und dem jungen, liebenswürdigen Roberjot, noch Jean Debry, der als der Ueberlebende der grausen Mordthat später in seinem Vaterland eine Rolle spielen und viel gefeiert werden sollte. Alle drei waren von ihren Sekretären, unter denen sich auch ein Deutscher Namens Rosenstiel befand, und zahlreichen Bedienten begleitet; außerdem reiste Jean Debry mit Frau und Töchtern, Roberjot hatte seine junge Gattin bei sich.

Nach langen Verhandlungen konnten die Reisenden ihre Fahrt fortsetzen. Noch einmal wiederholte ihnen Rittmeister Burkhard die schon früher gegebene Versicherung, daß sie auf ihrem Wege zum Rhein kein Hindernis finden würden. Aber merkwürdigerweise weigerte er sich, ihnen eine Eskorte mitzugeben, da er hierzu keinen Befehl erhalten hätte. Von den deutschen Kollegen waren die Gesandten in ehrlicher Weise vor der Fahrt zur Nachtzeit gewarnt worden, und noch einmal wurden abmahnende Stimmen laut, als die Szekler den Durchzug verweigerten. Aber die französischen Herren ließen sich trotz der Bitten der Kollegen und dem Wunsche ihrer eigenen Frauen nicht halten. Ihr Ehrgefühl war einmal verletzt, und so bestanden sie hartnäckig auf der Abfahrt.

Diese unzeitige Regung führte die Unglücklichen ihrem schauerlichen Verhängnisse entgegen. Knarrend bewegte sich das altersgraue Stadtthor in seinen Angeln, als der lange Wagenzug über die Zugbrücke dahinfuhr. In dem ersten Wagen saß Jean Debry mit seiner Familie, im zweiten seine Leute, im dritten der Gesandte Bonnier, im vierten der Sekretär Rosenstiel, im fünften Roberjot und seine Gattin, im sechsten der Italiener Boccardi, Gesandter der von den Franzosen gestifteten neuen ligurischen Republik; die anderen Wagen waren mit Dienern besetzt. Der Zug war kaum einige hundert Schritt weit auf offener Landstraße gefahren, als er von einem Reiterhaufen angefallen wurde. Soviel man bei dem trüben Fackelschein erkennen konnte, waren es Husaren von jenem siebenbürgischen Regiment der Szekler, oder wenigstens Personen, die die Uniform jenes Regiments trugen. Die einzelnen Scenen, die sich nunmehr auf dem Wege abspielten, der sich an den rauschenden Wassern der Murg entlang zieht, spotten jeder Beschreibung. Gleich der erste Wagen wurde mit drohenden Worten angehalten, und der Minister Jean Debry, welcher seinen Paß zum Fenster hinaushielt, aus dem Wagen gerissen und mit Säbelhieben schwer mißhandelt. Auffallend muß erscheinen, daß der Ueberfallene französisch angeredet wurde; man errät, daß dieser Umstand der bald auftauchenden Vermutung, daß Emigranten im Spiele gewesen, wesentlich zur Stütze diente. Jean Debry war ein Mann von nicht gewöhnlicher Geistesgegenwart. Unter den Säbelhieben zusammenbrechend, ließ er sich in den Chausseegraben fallen und hatte den in seiner Lage gewiß seltenen, aber sehr glücklichen Gedanken, sich tot zu stellen. Seine Leute wurden gleichfalls furchtbar zugerichtet, sein Kollege Bonnier von den Ungeheuern buchstäblich geschlachtet. Sekretär Rosenstiel flüchtete über den Chausseegraben und verschwand auf den Wiesen, über die die Nacht ihren bergenden Schleier gebreitet hatte.

Nun kam die Reihe an Roberjot, das liebenswürdigste Mitglied der französischen Gesandtschaft. Der Unglückliche war, durch den Lärm aufgeschreckt, ausgestiegen und hatte sich, da er an einen Wortwechsel mit streifenden Patrouillen glaubte, zu dem hinteren Wagen der beiden Italiener begeben. Von hier zu dem eigenen Gefährt zurückgekehrt, wurde er an dem Wagenschlage überfallen, wie Debry nach seinem Namen gefragt und seiner Uhr und Barschaft beraubt. Plötzlich versetzte ihm ein Offizier einen Säbelhieb über den Kopf, und nun begannen die Barbaren an dem Unglücklichen ihre Blutarbeit. Sie hieben ihn zusammen, ließen den Sterbenden für tot liegen und stürzten zu den Wagen der Italiener, den sie leer fanden. Hierauf kehrten sie zurück und bearbeiteten den am Boden liegenden Roberjot, da er sich noch regte, von neuem, bis er eine Leiche war. Die junge Frau hatte den entsetzlichen Vorgang mit ansehen müssen; nur hatte ihr treuer Kammerdiener, der heldenmütig bei ihr ausharrte, der Armen die Ohren zugehalten, um zu verhindern, daß sie das letzte Röcheln des Sterbenden höre.

Die Mörder raubten und plünderten nach Herzenslust. Einen Teil der Papiere der Gemordeten schleuderten sie in die Murg, wo man später, wie auch im Rheine, die einzelnen Stücke wieder auffischte. Unbeschreiblich war die Aufregung in dem badischen Städtchen, als sich die Kunde von dem grausigen Vorfalle noch in derselben Nacht verbreitete. Zuerst durch den Bruder des ligurischen Gesandten Boccardi, der in höchster Aufregung im Gesellschaftskasino erschien, wo die meisten der in Rastatt noch anwesenden Diplomaten in gemütlicher Tafelrunde versammelt waren. Auch der Sekretär Rosenstiel war auf Schleichwegen in die Stadt zurückgelangt und hatte sich zu seinem Schwager, einem weimarischen Legationsrate, geflüchtet. Alsbald brach eine zahlreiche Kohorte nach dem Thatorte auf. Aber es hielt schwer, von dem österreichischen Rittmeister Burkhard die Erlaubnis, das Thor zu passieren, und eine Geleitmannschaft zu erhalten. Die Unfreundlichkeit und Barschheit dieses Menschen lassen seinen Charakter in einem sehr zweifelhaften Lichte erscheinen. An der blutigen Stelle angekommen, führte man die Wagen mit den ohnmächtigen Frauen zurück. Der Szeklerhause war noch immer um die Wagen beschäftigt gewesen. Am folgenden Morgen fand sich auch der unglückliche Jean Debry wieder ein. Er hatte von den Ueberfallenen die romanhaftesten Abenteuer erlebt. Ohne Kopfbedeckung im Regen umherirrend, hatte er sich mit seinem verwundeten Arme auf einen Baum geflüchtet; als der Morgen graute, war er in ein Dickicht gekrochen. Endlich hatte er sich wieder hervorgewagt, war unter Landleuten, die des Weges zogen, unerkannt in die Stadt gelangt und hatte in dem Hause eines preußischen Gesandten einen Zufluchtsort gefunden.

Nachdem ihm ein regelrechter Verband angelegt war, wurde er mit den Frauen und Dienern, diesmal unter einer starken Eskorte, an den Rhein gebracht, von wo sich alle auf das französische Gebiet in Sicherheit begaben.

Ein Schrei des Entsetzens fuhr durch die Lande, als die scheußliche Mordthat bekannt wurde. Es ist nur zu begreiflich, daß sie von der französischen Regierung und ihrem schlauen Minister Talleyrand in einer über alles Maß hinausschießenden Weise ausgebeutet wurde. Ja, die damalige Regierung Frankreichs, das sogenannte Direktorium, fand eine so gute Rechnung dabei, daß alsbald das tolle Gerücht auftauchen konnte, sie selber habe die Greuelthat angezettelt, um aus ihr Kapital zu schlagen. Wie bei Wallensteins Ermordung, wie nach dem Tode des geheimnisvollen Gefangenen mit der eisernen Maske, schossen die abenteuerlichsten Gerüchte aus dem Boden. Bald sollte gar Bonaparte den Anschlag angezettelt haben, Bonaparte, der, wie wir schon hörten, ein paar hundert Meilen entfernt, in Aegypten weilte! Die französische Regierung ihrerseits schob natürlich ohne weiteres die Schuld den Oesterreichern in die Schuhe, und nicht etwa deren unteren Behörden, sondern gerade ihren Ministern; ja, sogar der Kaiser Franz selber wurde von den Franzosen nicht undeutlich als Mörder bezeichnet. Pomphafte Scenen im gesetzgebenden Körper, zu dessen Präsidenten Jean Debry, der Ueberlebende des Rastatter Blutbades, erwählt wurde, wechselten mit Trauerfeiern in Paris und in den Provinzen. Ein Manifest wurde von dem Direktorium an die Völker und Regierungen erlassen. Mit den Franzosen wetteiferten die mit ihnen sinnesverwandten Deutschen, namentlich rheinische Republikaner. In Mainz wurde die That unter lauten Racherufen von der Bühne herab verkündigt. Noch anderthalb Jahre später sang der Mainzer Dichter Friedrich Lehne in den schwunghaften Strophen, mit denen er den Sieg Bonapartes bei Marengo feierte:

Hernieder denn, ihr Geister der Gesandten,
Euch ruft die Rache nach Marengos Thal;
Die Helden, die Euch einst Cypressen wanden,
Umkränzen dort mit Lorbeern ihren Stahl.
Dort zeiget ihnen jede Todeswunde
(Die stummen Redner für das Völkerrecht),
Und schneller schlägt die große Rächerstunde
Für das entweihte menschliche Geschlecht.

Baden-Württemberg
BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK